

Sowjetunion —

Reform oder politische Revolution?

Ted Grant analysiert Gorbatschows
„Reform“-Programm

(Im Anhang Auszüge aus: Trotzki, „Verratene Revolution“)



Eine **VORAN**-Broschüre

Preis:
1,50 DM

Bei dieser VORAN-Broschüre handelt es sich um die Übersetzung der englisch-sprachigen Broschüre von Ted Grant: "Russia: Reform or Political Revolution?", die im März 1987 von Militant Publications, London, herausgegeben wurde.

Der deutsche Text der Rede Michail Gorbatschows auf dem 27. Parteitag der KPdSU wurde entnommen aus "Sowjetunion heute", Sondernummer März 1986.

Die Zitate Leo Trotzki's stammen aus der deutschen Ausgabe "Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?" von 1936. Demselben Buch wurden auch die Texte im Anhang entnommen, und zwar S. 250-264, 267-271, 276-282.

Redaktion VORAN

April 1987

Sowjetunion – Reform oder politische Revolution?

von Ted Grant

Gorbatschows Rede auf dem 27. Parteitag der KPdSU im letzten Jahr und jetzt die vor dem Plenum des Zentralkomitees der Partei im Januar 1987 gehaltene Rede stellen eine neue Stufe in der Entwicklung "Sowjet"-Rußlands dar. Es bedarf einer aufmerksamen Analyse durch die Marxisten, um die in der sowjetischen Gesellschaft ablaufenden Prozesse zu verstehen.

Während Reden gegen Korruption, Verschwendung, Ineffektivität usw. in Rußland nichts Neues sind, gehen Gorbatschows "Reformen" weiter als alles andere in den letzten 30 Jahren, indem sie unter anderem mehr Demokratie, in bestimmten Fällen Wahlen von Betriebsmanagern und Wahlen innerhalb der "Kommunistischen" Partei fordern.

Diese Vorschläge sind ein Versuch, die schlimmsten Hemmnisse in der annähernd stagnierenden Wirtschaft zu beseitigen. Jedoch riskiert Gorbatschow gerade wegen dieser Stagnation, daß allein die Rede von Reformen die Entwicklung einer Bewegung der unzufriedenen Arbeiter und der Jugend beschleunigt.

Die Krise der sowjetischen Wirtschaft, Gorbatschows "Reformen" und die dadurch zum Ausdruck kommende Spaltung innerhalb der Bürokratie sind Zeichen für den Anbruch des Zeitalters der politischen Revolution in Rußland.

*

Seit dem Sturz von Kapitalismus und Großgrundbesitz im Oktober 1917 sind jetzt siebenzig Jahre vergangen. Die Russische Revolution hat die Weltgeschichte verändert und markierte eine völlig neue Stufe der Menschheitsentwicklung. Rußland hat sich von einem Stand, wo Industrie und Gesellschaft sich auf einem tieferem Niveau als heute in Indien befanden, zu der zweiten Industrie- und Weltmacht entwickelt. 1985 war Rußland weltweit führend in der Produktion von Erdöl (25% der Weltproduktion), Erdgas (35%) und Stahl (24%, fast doppelt so hoch wie der Anteil der USA). Die Elektrizitätsproduktion entspricht der gesamten EG und kommt auf 17% der Weltproduktion. Die durch die Verstaatlichung von Produktionsmitteln, Verteilung und Austausch erreichten Erfolge sind gewaltig und unvergänglich. Das Staatseigentum hat seine Überlegenheit dem Kapitalismus gegenüber gezeigt, nicht in der Sprache von Marx' "Kapital", wie Trotzki einmal sagte, sondern in der Sprache von Stahl, Zement und Produktion.

Aber die Isolation der Revolution und die Rückständigkeit Rußlands führte zum Sieg der Bürokratie über die Demokratie der Revolution. Stalin konnte im Interesse und zum Nutzen der Bedürfnisse der bürokratischen Elite die Kontrolle erringen.

Die Geschichte verläuft jedoch immer in dialektischer Weise, in Widersprüchen, nie auf einem glatten und geraden Entwicklungsweg. Siebzig Jahre nach der Revolution gibt es mehr Ungleichheit und keine wirkliche Demokratie wie in den Jahren 1917-23.

Heute sind die Widersprüche zwischen der wirtschaftlichen Grundlage der Sowjetunion und der Rolle ihrer bürokratischen Führung nicht nur in den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern auch in der industriellen Entwicklung extrem geworden. Von einem relativen Mittel zur Entwicklung der Sowjetunion wird die Bürokratie jetzt zu einer reaktionären Bremse.

*

Während der letzten zwanzig Jahre hat sich Rußland nur im Schneckentempo weiterentwickelt. Es eilt nicht mehr vorwärts wie in den Jahren vor dem Krieg und ein oder zwei Jahrzehnte danach. Von 1913 (den höchsten Zahlen vor der Revolution) bis 1963 schoß die Industrieproduktion in der Sowjetunion um das 52fache in die Höhe, während sie sich in den USA versechsfachte und in Großbritannien verdoppelte. In den 50er Jahren wuchs die russische Wirtschaft durchschnittlich um 12% pro Jahr und übertraf damit sogar auf dem Gipfel des Booms fast jede kapitalistische Macht.

In der letzten Periode war jedoch die Entwicklungsrate der Wirtschaft niedriger als die des Kapitalismus in der Phase des Aufschwungs oder sogar in einigen Jahren des wirtschaftlichen Niedergangs. 1979 stieg das Bruttosozialprodukt um 0,9%, 1980 um 1,5% und in den Jahren 1981 und 1982 um 2,5%.

In den 60er Jahren hatte Chruschtschow vorausgesagt, daß die Sowjetunion die Vereinigten Staaten bis 1980 in der Arbeitsproduktivität, im Produktionsausstoß und im Lebensstandard überholen würde.

Dies wäre völlig erreichbar gewesen, wenn nicht die Bürokratie eine ungeheure Fessel für die weitere Entwicklung der russischen Wirtschaft geworden wäre. Es war keine unsinnige Prahlerei Chruschtschows. Der Stand der Kultur, das Bildungsniveau und die zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse, der na-

türliche Reichtum Rußlands- wenn all das in wissenschaftlicher und geplanter Weise bei gesellschaftlicher Kontrolle durch die Masse der Bevölkerung genutzt worden wäre, hätte dieses Ziel erreicht werden können. Unter den Bedingungen des totalitären Stalinismus war es ein unerfüllbarer Traum.

Marx erklärte, daß der Übergang von einer Gesellschaftsform zu einer anderen durch die Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt wird. Warum gab es also trotz des gewaltigen Vorteils der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln in den letzten Jahrzehnten diese sehr langsame Entwicklung in Rußland? Ein Arbeiterstaat, der sich in Richtung Sozialismus bewegt, braucht Demokratie und Arbeiterkontrolle der Industrie, des Staates und des wirtschaftlichen Plans. Es ist unmöglich, einhunderttausend Industriebetriebe, von denen viele über 100.000 Menschen beschäftigen, einhunderttausend Baustellen, die zeitweise bis zu 300.000 Menschen beschäftigen, durch die Kontrolle von Bürokraten an der Spitze zu betreiben.

Die Bürokratie konnte relativ erfolgreich sein, als es in den Vorkriegs- und ein oder zwei Nachkriegsjahrzehnten darum ging, die Errungenschaften der westlichen Wissenschaft und Technik auf eine relativ primitive Wirtschaft zu übertragen, obwohl Trotzki darauf hinwies, daß dies zu den dreifachen Kosten der Entwicklung in der kapitalistischen Gesellschaft geschah. Heute ist die Rolle der Bürokratie in der russischen Gesellschaft völlig reaktionär geworden. Die Bürokraten haben davon geträumt, für tausend Jahre zu herrschen. Heute, nach nur Jahrzehnten, hat das Regime der politischen Konterrevolution auf der Grundlage einer geplanten Wirtschaft seine Grenzen erreicht. Es kann nicht länger in der alten Art und Weise herrschen.

*

Gemäß den Argumenten der Marxisten ist der Staat eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere Klasse. Er ist der Wächter über Ungleichheit und Privilegien. Die Sowjetunion war keine harmonische Gesellschaft und ist es immer noch nicht, obwohl sie harmonischer als die kapitalistische Gesellschaft ist.

Die nach Millionen zählende bürokratische Kaste hält den Staatsapparat und die Wirtschaft umklammert. Jeder Teil des Staatsapparates - die Armee, die Polizei- und die "Kommunistische" Partei ist zum Zweck der Verteidigung der Interessen der herrschenden Elite geformt. Es ist wahr, daß die Bürokratie das Staatseigentum und die Planwirtschaft verteidigt, aber sie tut dies nicht im Interesse der gesamten Gesellschaft, sondern weil

dies die Quellen ihrer eigenen Privilegien sind. Wie die ganze Geschichte gezeigt hat, sind Korruption, Diebstahl, Betrug, Unterschlagung, Spekulation, Vetternwirtschaft und alle anderen Erscheinungen bürokratischer Herrschaft und Kontrolle in einem totalitären System unvermeidlich.

Jetzt hat Gorbatschow einen flüchtigen Blick auf die wirklichen Vorgänge in der sowjetischen Gesellschaft erlaubt. Er hat den Deckel eines siedenden Hexenkessels von Korruption und Verbrechen in allen Republiken der Sowjetunion angehoben.

Als ein intelligenter Vertreter der bürokratischen Kaste ist er sich im klaren darüber, daß die jetzige Situation nicht ohne die Gefahr explosionsartiger Bewegungen der Massen fortbestehen kann. Enorme Unzufriedenheit hat sich in der sowjetischen Gesellschaft angesammelt. Aussagekräftige Beispiele von Korruption wurden im Laufe des letzten Jahres in der sowjetischen Presse gegeben. Einige Bürokraten haben tatsächlich Millionen Rubel erbeutet, was Millionen DM¹ entspricht. Ihre Gier und Korruption drohen alle Früchte der Revolution zu verschlingen.

*

In seinem Bericht an den 27. Parteitag rühmte Gorbatschow berechtigterweise das in den letzten 25 Jahren Erreichte: "Die Produktionsgrundfonds unserer Wirtschaft sind auf das Siebenfache gewachsen. Tausende von Betrieben wurden errichtet, neue Wirtschaftszweige sind entstanden. Das Nationaleinkommen hat sich nahezu vervierfacht, die Industrieproduktion ist auf das Fünffache und die Agrarproduktion auf das 1,7fache gestiegen."

"Schien das Niveau der US-Wirtschaft vor dem Krieg und in den ersten Nachkriegsjahren nur schwer erreichbar zu sein, so sind wir ihm, was das wissenschaftlich-technische und das wirtschaftliche Potential betrifft, schon in den 70er Jahren wesentlich näher gekommen und haben es bei der Produktion einiger überaus wichtiger Erzeugnisarten übertroffen."

"Diese Leistungen sind auf enorme Anstrengungen unseres Volkes zurückzuführen. Sie haben es ermöglicht, den Wohlstand der Sowjetbürger beträchtlich zu heben. In den letzten 25 Jahren ist das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung auf das 2,6fache gestiegen, und die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds haben sich mehr als verfünffacht. Es wurden 54 Millionen Wohnungen gebaut, wodurch die Wohnverhältnisse der meisten Familien verbessert werden konnten. Der Übergang zur allgemeinen Oberschulpflicht

¹ im englischen Original: Pfund

wurde vollzogen. Die Zahl der Personen mit Hochschulabschluß hat sich vervierfacht. Allgemein anerkannt sind unsere Erfolge in Wissenschaft, Medizin und Kultur."

Jedoch ist Gorbatschow gezwungen, folgendes zuzugeben: "Indes nahmen die Schwierigkeiten in der Volkswirtschaft in den 70er Jahren zu, ging das Tempo des Wirtschaftswachstums merklich zurück. Dadurch konnten die im Programm der KPdSU gestellten Aufgaben zur Entwicklung der Wirtschaft und sogar die niedriger angesetzten Aufgaben für das neunte und zehnte Planjahr fünf nicht erfüllt werden. Das für diese Jahre vorgesehene soziale Programm konnte ebenfalls nicht in vollem Maße verwirklicht werden. Es wurde ein Zurückbleiben der materiellen Basis für die Wissenschaft, das Bildungswesen, den Gesundheitsschutz sowie die kulturelle und soziale Betreuung der Bevölkerung zugelassen.

Die Volkswirtschaft, die über riesige Ressourcen verfügt, sah sich mit ihrem Mangel konfrontiert. Eine Diskrepanz zwischen den Erfordernissen der Gesellschaft und dem erreichten Produktionsniveau, zwischen der zahlungskräftigen Nachfrage und ihrer materiellen Deckung war entstanden."

"Der Erfolg eines jeden Unternehmens wird in entscheidendem Maße dadurch bestimmt, wie aktiv und bewußt sich die Massen daran beteiligen. Die breiten Schichten der Werktätigen von der Richtigkeit des gewählten Weges zu überzeugen, sie moralisch und materiell zu stimulieren, die Psychologie der Kader umzuformen- das sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Beschleunigung unseres Wachstums. Wir werden um so rascher vorankommen, je höher die Disziplin und Organisiertheit sowie das Verantwortungsgefühl eines jeden für die ihm aufgetragene Arbeit und ihre Ergebnisse sein werden."

"Heute besteht die erstrangige Aufgabe der Partei, des ganzen Volkes darin, mit den ungünstigen Tendenzen in der Entwicklung der Wirtschaft entschieden aufzuräumen, ihr die gebotene Dynamik zu verleihen, der Initiative und dem Schöpfertum der Massen sowie den wirklich revolutionären Umgestaltungen Tür und Tor zu öffnen."

Gorbatschow ist ein vollendeter Repräsentant der herrschenden Kaste und hat alle Beschränkungen eines Bürokraten. Er will die russische Gesellschaft umgestalten, ohne die grundlegende Struktur bürokratischer Kontrolle zu verändern. Wie bei den oberen Schichten der Bürokratie unterscheiden sich seine Lebensbedingungen völlig von denen der sowjetischen Arbeiterklasse. Seine Frau trägt Kleider aus den teuren Modehäusern wie Cardin in Frankreich. Sie kauft die teuersten Parfüme.

Gorbatschow lebt wie ein Millionär oder ein amerikanischer Regierungspolitiker. Aber durch die wirtschaftliche Stagnation und ihre Gefahren für die russische Gesellschaft alarmiert, in Angst vor der unvermeidlichen Reaktion der Arbeiter versucht er auf der Grundlage bürokratischer Herrschaft die Situation zu ändern. Die Massenbewegung polnischer Arbeiter um Solidarnosc und ihr revolutionäres Potential war eine unheilvolle Warnung vor den Prozessen, die unweigerlich auch in Rußland ablaufen würden. Sogar Breschnew geriet in Panik und maßregelte die sogenannten "Gewerkschaftsführer", weil sie nicht die Interessen der russischen Arbeiter vertreten, wobei er die Lüge von der Unabhängigkeit der Gewerkschaften in den stalinistischen Staaten aufdeckte.

*

Gorbatschow versucht Reformen von oben zur Verhinderung einer politischen Revolution von unten durchzuführen und einen Weg aus der bürokratischen Zwangsjacke zu finden, die den Fortschritt der russischen Wirtschaft lähmt.

Wirkliche Marxisten-Leninisten konnten all dies im voraus erklären. Trotzki's Buch "Verratene Revolution" ist, 50 Jahre, nachdem es geschrieben wurde, immer noch das aktuellste Dokument, daß die in der Sowjetunion ablaufende Prozesse erklärt.

In der Vergangenheit hat sich Stalin als bonapartistischer Militärdiktator gelegentlich auf die Arbeiterklasse gestützt, um Schläge gegen die korruptesten Teile der Bürokratie zu führen. Bonapartismus ist ein System des Balancierens zwischen verschiedenen Gruppen und Klassen- zwischen den Arbeitern, den Bauern und den Bürokraten selbst. So ist Gorbatschow in der gleichen Art gezwungen, sich auf die Arbeiterklasse zu stützen, um Schläge gegen einen Teil der bürokratischen Kaste zu führen, deren Einfluß, Lebensstandard und Parasitismus an der Wirtschaft enorm angestiegen ist. Gorbatschow will "kontrollierte Reformen", aber es wird nicht möglich sein, auf diesem Weg weiterzugehen.

Stalin insbesondere hat Reformen abgelehnt und war gezwungen, einen einseitigen Bürgerkrieg zur Säuberung der alten Bolschewiki zu beginnen. Er führte aus Angst vor dem Sturz der bürokratischen Elite keinerlei Reformen durch. Für Gorbatschow, der sich nun einmal auf den Weg der "Reformen" eingelassen hat, wird es jedoch nicht so einfach sein, wieder zur Unterdrückung zurückzukehren.

Während in den 30er Jahren die Arbeiterklasse gerade 20% der russischen Gesellschaft ausmachte, liegt der Anteil heute bei nahezu

70%. Obwohl eine Reaktion wie heute in China unvermeidlich ist, ist Rußland nicht mehr ein rückständiges Land, sondern hat eine hochentwickelte Wirtschaft mit der weltweit größten und kulturell hochstehenden Arbeiterklasse. Diese "Reformen" werden die Arbeiter noch enorm ermutigen. Sie können Gorbatschows begrenzten Zielen zum Trotz die Massen in Bewegung setzen. Wenn die Arbeiter einmal ein bestimmtes Maß an Kontrolle erlangt haben, werden unweigerlich Fragen und Forderungen aufkommen, warum die Bürokratie mehr als die Löhne für Aufsichtsführung bekommt. Warum sie ihre Datschas, Autos und spezielle Lebensmittelgeschäfte nur für Funktionäre behält.

*

Wie Stalin kann auch Gorbatschow Maßnahmen gegen die unteren und mittleren, sogar gegen einige der höheren Bürokraten als Sündenböcke für die Sünden des ganzen Systems ergreifen. So hat er in den ersten elf Monaten 46 von 156 regionalen Parteiführern abgesetzt. Aber in seinem Bemühen, die Zustände zu verbessern, hat er einige glänzende Beispiele für die Rolle der Bürokratie in der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft gegeben:

"Der von sowjetischen Wissenschaftlern vor drei Jahrzehnten entdeckte Effekt der Verschleißfreiheit hat es ermöglicht, grundsätzlich neue Schmierstoffe zu entwickeln, die die Langlebigkeit der reibenden Baugruppen von Maschinen und Mechanismen um ein Vielfaches erhöhen und den Arbeitsaufwand stark verringern. Diese Entdeckung, die Einsparungen in Millionenhöhe verheißt, wird wegen konservativer Haltung einiger Leiter des Ministeriums für erdölverarbeitende und petrochemische Industrie der UdSSR und einiger anderer Ministerien und zentralen staatlichen Einrichtungen bis auf den heutigen Tag nicht umfassend angewandt."

"Seit rund einem Jahrzehnt hat durch Verschulden des Ministeriums für Kraftfahrzeugindustrie und der Planungsorgane das neuentwickelte Lager mit Gleitzuschlag, das die Zuverlässigkeit und Funktionstüchtigkeit von Mechanismen unter den schwierigsten Bedingungen erhöht, keine umfassende Anwendung gefunden."

"Wir werden die gestellten Aufgaben zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht lösen können, wenn wir keine Hebel finden, die die Prioritäten nur jenen Forschungsstätten und Industriebetrieben sichern würden, deren Kollektive energisch all das Neue und Fortschrittliche einführen und nach Wegen zur Produktion von hochwertigen und effektiven Erzeugnissen forschen."

Gorbatschow enthüllt außerdem einige der bürokratischen Verschwendungen im landwirtschaftlichen Sektor:

"Die am nächsten gelegene Quelle für die Auffüllung der Lebensmittelbestände bietet sich mit der Verringerung der Verluste an Erzeugnissen von Feld und Farm bei Bergung, Transport, Lagerung und Verarbeitung. Hierin liegen bei uns beachtliche Reserven, und das Mehr an Konsumptionsressourcen kann sich auf 20% und bei einigen Erzeugnisarten sogar auf 30% belaufen. Auch betragen die Kosten für die Beseitigung der Verluste bloß die Hälfte, ja sogar nur ein Drittel von denen, die für die zusätzliche Produktion der gleichen Mengen an anderen Erzeugnissen benötigt werden."

Gorbatschows Lösung ist es, "eine allseitige Demokratisierung der Leistungstätigkeit zu verwirklichen, die Rolle der Arbeitskollektive in dieser Beziehung zu verstärken, der Kontrolle von unten, der Rechenschaftspflichtigkeit und der Publizität in der Tätigkeit von Wirtschaftsorganisationen größeren Nachdruck zu verleihen."

In Wirklichkeit kann dies nur mit echter Kontrolle durch die Masse der Arbeiterklasse erreicht werden. Gorbatschow und die Bürokratie haben keinerlei Absicht, diese einzuführen. Ihre demokratischen Veränderungen sind kosmetisch, obwohl eine gewisse "Beratung" mit den Arbeitern erlaubt werden wird, um sie ohne die in den Tagen von Lenin und Trotzki existierende Arbeiterkontrolle und -verwaltung in die Entscheidungen mit einzu beziehen. Gorbatschow führt dann weiter aus:

"Auch die gewählten Organe selbst sollten anspruchsvoller und strenger gegenüber dem eigenen Apparat sein. Man muß beachten, daß Mitarbeiter des Apparats, die längere Zeit nicht abgelöst wurden, oft genug das Gefühl für das Neue einbüßen und sich von den Menschen mit Vorschriften abschirmen, die sie selbst zu Papier gebracht haben, daß sie miteinander auch die Arbeit der gewählten Organe hemmen. Es ist wohl an der Zeit, eine solche Regelung auszuarbeiten, die es den staatlichen und auch allen gesellschaftlichen Organen ermöglichen würde, nach jeder Wahl eine Eignungsprüfung der verantwortlichen Mitarbeiter ihres Apparates durchzuführen und die herangereiften kadermäßigen Veränderungen vorzunehmen."

"Die Zeit gebietet, daß die gesellschaftlichen Organisationen immer tatkräftiger in die Lenkung und Leitung des Staates einbezogen werden. Wenn man jedoch die Arbeit unserer gesellschaftlichen Formationen unter diesem Blickwinkel betrachtet, so wird offenkundig, daß die Initiative vieler von ihnen zu wünschen übrig läßt. Manchmal versuchen sie, vorwiegend mit den Kräften des hauptamtli-

chen Apparates zu agieren, gehen bürokratisch vor und stützen sich ungenügend auf die Massen. Mit anderen Worten, der volksverbundene, schöpferische, eigenständige Charakter der gesellschaftlichen Organisationen kommt bei weitem nicht vollständig zur Geltung."

*

Gorbatschow sprach sich auf dem 27. Parteitag sogar dafür aus, "die Wählbarkeit auf alle Brigadiere und dann schrittweise auch auf einige andere Kategorien von leitenden Mitarbeitern der Betriebe zu übertragen: auf Meister, Schicht- und Abteilungsleiter sowie auf die Leiter von Produktionsabteilungen in den Sowchosen."

Die Tatsache, daß er in seiner Rede im Januar 1987 gezwungen war, die Frage der Wählbarkeit aller Posten innerhalb der Kommunistischen Partei aufzuwerfen, ist ein Anzeichen für den geringen Erfolg dieser Idee, leitende Mitarbeiter zu wählen. Die Bürokratie hat die Entwicklung dieses sogenannten Prinzips unterdrückt und verhindert. Delegationen russischer Politiker und Wissenschaftler haben in den letzten Wochen in Großbritannien und Amerika enthüllt, daß es gewaltigen Widerstand gegen Gorbatschows Programm der "Demokratie" gibt.

Die sogenannte Kommunistische Partei der Sowjetunion ist mit ihren 19 Millionen Mitgliedern Teil einer totalitären Einparteiemaschine und ein Werkzeug der Bürokratie. Sie ist nicht einmal eine "Partei" im Sinne der europäischen "Kommunistischen" Parteien. Nun hat Gorbatschow also geheime Wahlen der Parteifunktionäre als Waffe gegen die Bürokratie in der Partei selbst befürwortet. Dies ist ein verzweifelter Versuch, ihren Widerstand gegen Veränderungen zu brechen.

Natürlich haben seine Vorschläge nichts gemeinsam mit der Demokratie Lenins und den vier gesetzten Bedingungen für den Beginn der Arbeitermacht, nicht für den Sozialismus. 70 Jahre später ist keine davon verwirklicht. Die Wahl von Funktionären durch echte Arbeiterräte mit dem Recht der Abwahl war die erste Bedingung für Arbeiterdemokratie. Die zweite war, daß kein Funktionär mehr als einen Facharbeiterlohn verdienen darf. Lenin begrenzte die Lohndifferenz zwischen Arbeitern und Spezialisten, die er gezwungenermaßen einführen mußte, auf vier zu eins- und das war für ihn schon eine "kapitalistische Differenzierung". Heute sind die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den Bürokraten, Managern, Technikern, Armeegenerälen und den einfachen Arbeitern wohl ebenso groß oder fast so groß wie in kapitalistischen Ländern, sogar im Vergleich mit den USA.

Die dritte Bedingung war Volksbewaffnung anstatt eines eigenen stehenden Heeres. Die vierte war, daß alle Funktionen allmählich reihum wahrgenommen werden sollten, um die Entwicklung einer Bürokratie zu verhindern. Wenn jeder ein Bürokrat ist, kann keiner Bürokrat sein, oder wie Lenin sagte: "Jeder Koch sollte Premierminister werden können." Unter den Bedingungen enormer wirtschaftlicher Entwicklung, wo die Arbeiterklasse die Mehrheit der sowjetischen Bevölkerung stellt, würden Marxisten heute eine fünfte Bedingung ergänzen - das Recht aller Parteien auf freie Meinungsäußerung. Es wäre sogar möglich, die Entwicklung prokapitalistischer Parteien zu erlauben. Sie würden eine verschwindend geringe Unterstützung erhalten, da die Idee der Rückkehr zum Kapitalismus oder zu den Bedingungen unter dem Zarismus völlig lächerlich erscheinen würde.

*

Die Bürokratie zeigt durch Gorbatschow ihre Angst vor allen Klassen - Arbeitern und Bauern. Die bürokratische Kaste fühlt, daß man nicht weitermachen kann wie unter Breschnew. In der Konsequenz will Gorbatschow viele der schlimmsten bürokratischen Mißbräuche, wie die illegale und offiziell illegale Bestechung, Diebstahl usw., aus der Welt schaffen.

Er will jedoch die Privilegien der Bürokratie nicht grundlegend angreifen. Die "legitimen" Privilegien müssen erhalten werden. Er vertritt in der Tat sehr sorgsam die Idee Stalins, Sozialismus bedeute "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung". Wie Trotzki in der "Verratenen Revolution" erklärt hat, ist dieses Konzept von vorne bis hinten falsch.

Gerade weil sie mehr als ihr zusteht bekommt - das sollten nach Marx nur die Löhne für Aufsichtsführung sein - hält die Bürokratie an ihrer Herrschaft fest. Sie hat ein Interesse an der Verteidigung und Ausweitung ihres Einkommens, ihrer Macht und ihrer Privilegien.

Wie Trotzki erklärte: "Die Lohnarbeit hört auch unter dem Sowjetregime nicht auf, das erniedrigende Brandmal der Sklaverei zu tragen. Die Bezahlung 'nach der Leistung' - in Wirklichkeit Bezahlung zum Vorteil der 'geistigen' auf Kosten der körperlichen, insbesondere der nichtqualifizierten Arbeit - ist eine Quelle von Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Zwang für die Mehrheit, von Privilegien und 'frohem Leben' für die Minderheit."

Trotzki führt weiter aus: "Statt offen zuzugeben, daß in der UdSSR noch die bürgerlichen Arbeits- und Verteilungsnormen vorherrschen, schnitten die Verfassungsurheber (die

neue Verfassung Stalins von 1936 - TG) das totalitäre kommunistische Prinzip entzwei, vertagten die zweite Hälfte auf unbekannte Zukunft, erklärten die erste für bereits verwirklicht, verquickten sie mechanisch mit dem kapitalistischen Akkordlohnsystem, nannte das ganze ein 'Prinzip des Sozialismus' und errichteten auf diesem Betrug das Verfassungsgebäude!"

Trotzki stellt weiterhin fest: "Zugleich aber - und das ist nicht unwichtig - mit Kette, Kuh und Hausrat des Bauern, Arbeiters und Angestellten schützt das Gesetz auch Villa, Landhaus, Auto und alle sonstigen 'persönlichen Gebrauchs- und Komfortgegenstände' des Bürokraten, die er auf Grund des 'sozialistischen' Prinzips 'Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung' erworben hat. Dem Automobil des Bürokraten wird das neue Gesetz jedenfalls mehr Schutz ange-deihen lassen als der Karre des Bauern."

*

Der wirkliche Zustand der sowjetischen Gesellschaft offenbart sich in Gorbatschows verzweifelter Versuch, geheime Abstimmungen bei Wahlen von unteren zu höheren Ebenen der Kommunistischen Partei als Mittel zu nutzen, um den Willen der degenerierteren und reaktionärer Teile der Bürokratie zu brechen, die unbehindert die Ausplünderung des sowjetischen Staates fortführen wollen.

Trotzki erklärte: "In der kapitalistischen Gesellschaft soll die Geheimwahl die Ausgebeuteten vor dem Terror der Ausbeuter schützen. Wenn die Bourgeoisie sich schließlich auf diese Reform einließ - natürlich unter dem Druck der Massen - so nur, weil sie selbst daran interessiert war, ihren Staat wenigstens zum Teil vor der Demoralisierung zu bewahren, die sie selbst gestiftet hatte. In der sozialistischen Gesellschaft kann es, sollte man meinen, keinen Ausbeuterterror geben. Vor wem brauchen dann die Sowjetbürger Schutz? Die Antwort ist klar: vor der Bürokratie. Stalin gab es ziemlich offen zu. Auf die Frage: wozu Geheimwahlen?, antwortete er wörtlich: 'Nun, weil wir den Sowjetmenschen die volle Freiheit geben wollen, für die zu stimmen, die sie wählen möchten.' So erfuhr die Menschheit aus berufenem Munde, daß die 'Sowjetmenschen' heute noch nicht für die stimmen können, die sie wählen möchten. Es wäre jedoch voreilig, hieraus zu schließen, daß die Verfassung ihnen morgen diese Gelegenheit schenken wird."

In den frühen Tagen wirtschaftlicher Erfolge während der ersten beiden Fünfjahrespläne war Stalin zu dem Versuch gezwungen, die Raubgier der Bürokraten zu zügeln. Der selbe Prozeß läuft heute ab. Stalin wagte je-

doch nicht, diese Reformen wirklich einzuführen. Wahlen fanden weiterhin mit nur einem Kandidaten statt. Allerdings auch bei mehr als einem Kandidaten, hätte es nur solche Kandidaten gegeben, die von der Partei als Repräsentant der Bürokratie geprüft und genehmigt worden sind, natürlich mit dem KGB im Hintergrund. Stalin wollte eine Geißel gegen den Apparat, den er selbst vertritt.

Das System der Sowjetunion besteht unter Gorbatschow grundsätzlich so weiter, wie es immer während der Zeit der bürokratischen Herrschaft seit 1927 existierte. Trotzki führt weiter aus:

"Das Versprechen, den Sowjetmenschen Freiheit zu geben, 'für die, die sie wählen möchten', zu stimmen, ist eher eine schöne Metapher als eine politische Formulierung. Die Sowjetmenschen werden das Recht haben, ihre 'Vertreter' nur unter den Kandidaten zu wählen, die ihnen unter der Flagge der Partei von den zentralen oder lokalen Führern zugewiesen werden."

Genauso wird es jetzt bei den Parteiwahlen von unten nach oben aussehen. Auf lange Sicht wird dieser Versuch einer Geißel gegen die Bürokratie untauglich sein. Wie Trotzki weiter erklärte: "Es ist keine Frage der Soziologie, sondern ein materielles Interesse."

Die Wirtschaft kann sich nicht ohne die Teilnahme und Kontrolle der Arbeiterklasse entwickeln, also setzt Gorbatschow darauf, die Kontrolle unter Einfügung einiger Ele-

Nachdem jahrzehntelang Lügen über die Situation im "idyllischen Sozialismus" in der Sowjetunion verbreitet wurden, sind der "Morning Star"² und andere Zeitungen der sogenannten Kommunistischen Partei gezwungen, aus den sowjetischen Medien selbst Fälle bürokratischer Kontrolle, Willkür, Korruption und Spekulation zu zitieren: Steine, die angehoben wurden und den furchtbaren Schlamm der Bürokratie darunter zeigen.

Die "Kommunistischen" Parteien in aller Welt rechtfertigten und befürworteten Stalins Behauptungen oder ließen sie unwidersprochen. Dann begrüßten sie ohne mit der Wimper zu zucken Chruschtschows Anschuldigungen gegen Stalin. Sie akzeptierten die Absetzung Chruschtschows und krochen vor Breschnew. Heute übernehmen sie ohne mit der Wimper zu zucken Gorbatschows strenge Beurteilung der letzten zwei Jahrzehnte der Herrschaft Breschnews.

² "Morning Star" ist die Tageszeitung der Kommunistischen Partei Großbritanniens (CPGB) und wird von den harten, moskautreuen Stalinisten kontrolliert. Die KP hat sich in einen eurokommunistischen und einen moskautreuen Flügel gespalten.

mente der Teilnahme und Kontrolle durch die Arbeiter aufrechtzuerhalten. Es gibt jedoch so etwas wie teilweise Kontrolle durch die Masse der Bevölkerung nicht. Die Geschichte hat gezeigt, daß die Arbeiter entweder die Kontrolle haben, oder sie ihnen weggenommen wird.

Teilweise Kontrolle wird nicht funktionieren. Sie kann nicht funktionieren ohne daß die Arbeiter und Bauern die Gesellschaft von oben nach unten kontrollieren. Kunst und Technik können nur bei völliger Freiheit der Diskussion und Debatte aufblühen. Aber das kann in einer bürokratischen Struktur wie in der Sowjetunion nicht gewährleistet werden.

Gorbatschow will eine neue Arbeiteraristokratie einführen, auf die die Bürokratie sich stützen kann. Das ist allerdings, unter völlig anderen Bedingungen, eine Rückkehr zu dem Stachanowprinzip, das heißt eine Schicht der Arbeiter wird vom Rest der Arbeiterklasse mit Hilfe von Privilegien abgegrenzt, um sich eine Basis in der Arbeiterklasse zu verschaffen. Durch die Schaffung einer neuen privilegierten Schicht von Arbeiteraristokraten hoffen die Bürokraten eine Basis in der sowjetischen Gesellschaft zu haben, die jedes Bestreben der Arbeiter, die Kontrolle wirklich zu übernehmen, vereitelt.

Marx und Lenin gingen davon aus, daß der Staat fast sofort nach der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse abzusterben beginnt, und zwar vom ersten Tag der Arbeitermacht an. Dies war unmöglich in einem rückständigen Land wie dem Rußland von 1917-1923. Heute gibt es keine wirtschaftlichen Gründe mehr, die gegen den Beginn des Absterbens sprechen, abgesehen von den Interessen der allmächtigen Bürokratie selbst.

Rußland hat jetzt die Produktivkräfte, um den Übergang zum wirklichen Sozialismus zu vollziehen. Innerhalb von zehn Jahren könnte Rußland den amerikanischen Kapitalismus weit überholen, wenn es nicht das Hindernis der Bürokratie geben würde. Unter den Bedingungen eines sich entwickelnden reichlichen Überflusses an lebensnotwendigen Gütern würden der Staat, Spaltungen in der Gesellschaft, das Geld usw. abzusterben beginnen. Aber die Bürokratie wird, ebenso wie die westlichen Kapitalisten, nicht bereit sein, ihre Herrschaft kampflos aufzugeben. Die Bürokratie würde alles für die Arbeiterklasse tun, außer freiwillig abzutreten.

In seiner Rede auf dem 27. Kongreß bezog sich Gorbatschow auf Subversion durch Agenten des Imperialismus. Als ob in einem wirklich demokratischen Arbeiterstaat, der sich auf den Sozialismus hinbewegt, die subversive Tätigkeit imperialistischer Agenten irgendei-

ne Wirkung haben könnte! Diese Worte sind eine Rückversicherung für die bürokratische Kaste, daß ihre privilegierte Position sicher ist, es wird kein Absterben des Staates geben - wenn die Arbeiter die Ungleichheit, die Grundlage der Bürokratie, angreifen, wird man sie bald zügeln und als subversive Agenten des Imperialismus anklagen.

Dies war die Formel, mit der Stalin die Säuberung gegen die alten Bolschewiki begann, gegen Hunderttausende aus den besten Schichten der sowjetischen Gesellschaft, die die Privilegien der Bürokratie bedroht haben. Sie wurden beschuldigt, die Agenten der Macht zu sein, mit der Stalin in jenem bestimmten Moment im Konflikt war: Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und natürlich der amerikanische Imperialismus.

Übergang zum Sozialismus würde eine Verminderung, keine Verstärkung der Ungleichheit, wie sie Gorbatschow durchführen will, bedeuten. Völliger Hohn ist somit das Argument, daß der Sozialismus in einer Zeit erreicht worden sei, in der der Staat in der Sowjetunion monströse Ausmaße, wahrscheinlich größer als in jedem anderen Land, angenommen hat.

*

Außerdem bezieht er sich in seiner Rede nicht zufällig auf die Ansichten der "linken Kommunisten" und der Trotzisten, "die die Theorie eines 'revolutionären Krieges' verfochten, welcher angeblich den Sozialismus in andere Länder tragen kann... Wir sind auch heute zutiefst überzeugt: Eine Revolution von außen anzupeitschen, erst recht mit militärischen Mitteln, ist sinnlos und unzulässig." Hier besteht nicht die Absicht, auf diese Fragen weiter einzugehen. Es ist ausreichend zu sagen, daß Trotzki und Lenin 1918 gegen Bucharins Idee des revolutionären Krieges zu dieser bestimmten Zeit waren. Diese rituelle Denunziation von Trotzisten ist eine weitere Beruhigung für die Bürokratie, daß Gorbatschow in keiner Weise versucht, die Position der privilegierten Elite zu unterminieren.

Zur gleichen Zeit ist es eine Beruhigung der kapitalistischen Mächte, besonders der US-Imperialisten, daß die Bürokratie nicht beabsichtigt, revolutionäre Entwicklungen in anderen Ländern zu unterstützen. Wie seine Vorgänger ist Gorbatschow entschieden gegen die Entwicklung der Revolution im Westen, weil das Ergebnis eine echte Arbeiterdemokratie wäre, die sofort eine enorme Wirkung auf die Massen weltweit und besonders in Rußland, Osteuropa und China hätte. Für die Bürokratie ist die Außenpolitik, wie für alle

herrschenden Klassen, eine Fortführung der Innenpolitik und die Innenpolitik eine Fortführung der Außenpolitik. Gorbatschow ist bestrebt, zu einer Vereinbarung mit dem Imperialismus zu kommen. Obgleich zeitweise Vereinbarungen sogar möglich sind, bleibt die grundlegende Basis der Sowjetunion unvereinbar mit der weltweiten Entwicklung des Kapitalismus.

Die wirkliche Bedeutung der Reformen zeigt sich in der Tatsache, daß Gorbatschow in allen Republiken Russen einsetzt, um die Position der großrussischen Bürokratie zu garantieren - weit davon entfernt, den nationalen Minderheiten ungehinderte Entwicklung zu sichern. Die Gefahren haben sich im Dezember 1986 gezeigt, als die Absetzung des Führers der Kommunistischen Partei Kasachstans (eines Kasachen) und die Ersetzung durch einen Großrussen zu Unruhen führte.

Trotz der Unruhe oder gerade wegen ihr ist die Bürokratie entschlossen, sicherzugehen, daß in allen Republiken der nationalen Minderheiten Russen die Schlüsselpositionen behalten.

*

In gewisser Weise hat die politische Revolution bereits begonnen. Es wird ein in die Länge gezogener Prozeß mit vielen scharfen Wendungen und plötzlichen Veränderungen sein. Gorbatschow wollte die schlimmsten Auswüchse der Bürokratie ausmerzen. Für eine begrenzte Zeit kann er damit Erfolg haben. Die Zulassung der lange unterdrückten Kritik wird alle Gebiete der sowjetischen Gesellschaft beeinflussen. Für ein bis zwei Jahre, vielleicht in Einzelfällen auch mehr oder weniger, werden halbherzige Reformen zumindest Erfolge in der Wirtschaft zur Folge haben, wie sie jetzt schon vorzuliegen scheinen.

Wissenschaft, Kunst und Philosophie werden für eine begrenzte Zeit einen Anstoß erhalten. Aber die grundsätzlich privilegierte Rolle der Bürokratie ist die Hauptfessel für die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft, und sie bleibt unangetastet. Nicht Evolution, sondern politische Revolution als Wegbereiter für die Herrschaft der Arbeiterklasse ist unvermeidlich.

Gorbatschows Reformen werden die Probleme nicht lösen, sondern im Gegenteil weiter verschlimmern. Bewegungen von oben werden unweigerlich zu einer enormen Bewegung von unten führen, die in einer politischen Revolution enden wird. Er warnte auf einer sowjetischen Pressekonferenz am 13. Februar 1987 auf beispiellose Weise davor, daß er zurücktreten würde, falls seine Reformpläne blockiert werden. Zur jetzigen Zeit

ist dies als Warnung an die konservativeren Schichten der Bürokratie gedacht. Aber ab einer bestimmten Stufe der Entwicklung wird er gezwungen sein zurückzutreten oder sich der Absetzung durch die Bürokratie selbst zu stellen.

Nur durch die Abschaffung der Privilegien der Bürokratie und die Wiederherstellung der Kontrolle in den Händen der Arbeiter können alle Widersprüche der russischen Gesellschaft überwunden werden. Nur eine marxistische Tendenz, auf der Grundlage des Programms von Lenin und Trotzki, kann dieses Problem der Revolution lösen. Auf längere Sicht gesehen gibt es keinen anderen Weg vorwärts für die sowjetische Gesellschaft außer der politischen Revolution. Die Bürokratie wird sich niemals selbst entbürokratisieren. Sie versucht im Gegenteil sogar im Zuge der Reformen ihre privilegierte Position zu festigen. Heute, in einer modernen sowjetischen Gesellschaft, gerät sie immer mehr in Konflikt mit der Entwicklung von Gesellschaft und Produktion. Das ist der Grund dafür, daß sie zum Untergang verurteilt ist. Aber in den nächsten fünf bis zehn Jahren wird der Weg für die Bewegung hin zum Sozialismus geebnet werden.

Der Sieg der sowjetischen Arbeiter wird unter den heutigen Bedingungen einen weit- aus größeren Effekt haben als die russische Revolution von 1917. Die Vorteile des Staatseigentums und der Planwirtschaft werden so überwältigend sein, daß es Auswirkungen nicht nur auf die Arbeiterklasse, sondern auch auf die Intellektuellen, die Mittelklassen und andere Schichten der Gesellschaft haben und somit zum Sturz des Kapitalismus weltweit führen wird.

Ted Grant
13. Februar 1987

Verratene Revolution (Auszüge)

von Leo Trotzki

X

DIE U. S. S. R. IM SPIEGEL DER NEUEN VERFASSUNG

Arbeit «nach den Fähigkeiten» und Privateigentum.

Am 11. Juni 1936 hiess das Zentralexekutivkomitee den Entwurf der neuen Sowjetverfassung gut, die nach einem täglich von der gesamten Presse wiederholten Ausspruch Stalins die «demokratischste auf der Welt» sein soll. Freilich, die Art, wie diese Verfassung ausgearbeitet wurde, erweckt Zweifel. Weder in der Presse noch in Versammlungen war von der grossen Reform die Rede. Indes, bereits am 1. Mai 1936 erklärte Stalin dem amerikanischen Interviewer Roy Howard: «Wir werden unsere neue Verfassung wohl Ende dieses Jahres annehmen». Somit wusste Stalin ganz genau, wann die Verfassung, von der das Volk in dem Augenblick noch garnichts wusste, angenommen werden sollte. Man kann nicht umhin zu schliessen, dass die «demokratischste Verfassung auf der Welt» in nicht ganz demokratischer Weise ausgearbeitet und in Kraft gesetzt wurde. Allerdings wurde der Entwurf den Völkern der U. S. S. R. im Juni zur «Erörterung» unterbreitet. Man würde jedoch auf diesem Sechstel der Erdoberfläche vergeblich einen Kommunisten suchen, der es gewagt hätte, das höchsteingene Werk des Zentralkomitees zu kritisieren, oder einen Parteilosen der den Vorschlag der Regierungspartei abgelehnt hätte. Die Erörterung ist nichts anderes als das Senden von Dankresolutionen an Stalin für das «glückliche Leben». Inhalt und Stil dieser Begrüssungsschreiben hatten unter der alten Verfassung Zeit gefunden, feste Gestalt anzunehmen.

Der erste Abschnitt, betitelt «Gesellschaftsstruktur», endet mit den Worten: «In der U. S. S. R. verwirklicht sich der Grundsatz des Sozialismus: *jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung*». Diese innerlich bestand-, um nicht zu sagen sinnlose Formel, die — so unwahrscheinlich es auch klingen mag — aus den Reden und Artikeln in den reichlich durchdachten Text eines grundlegenden Staatsgesetzes einging, offenbart nicht allein, wie tief das theoretische Niveau der Gesetzgeber gesunken ist, sondern auch, wie stark Lüge die neue Verfassung, den Spiegel der herrschenden Schicht, durchdringt. Wie das neue «Prinzip» entstand, ist nicht schwer zu erraten. Um die kommunistische Gesellschaft zu umschreiben, bediente sich Marx der berühmten Formel: «Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen». Die beiden Teile dieser Formel sind voneinander nicht zu trennen. «Jeder nach seinen Fähigkeiten», kommunistisch und nicht kapitalistisch verstanden, heisst: die Arbeit hat aufgehört, eine Fron zu sein, und ist nunmehr individuelles Bedürfnis, die Gesellschaft entbehrt jeglichen Zwangs, nur Kranke und Anormale können das Arbeiten verweigern. Die Mitglieder der Kommune werden «nach ihren Fähigkeiten», d.h. nach Massgabe ihrer körperlichen und geistigen Kräfte arbeiten, ohne sich im geringsten Gewalt anzutun, und dank hoher Technik die Speicher der Gesellschaft so füllen, dass diese jedermann «nach seinen Be-

dürfnissen» ohne demütigende Kontrolle versorgen kann. Die doppelgliedrige, aber unteilbare Formel des Kommunismus setzt also Ueberfluss, Gleichheit, allseitige Entfaltung und hohe kulturelle Disziplin der Persönlichkeit voraus.

Der Sowjetstaat steht in all diesen Beziehungen dem rückständigen Kapitalismus viel näher als dem Kommunismus. Er darf noch nicht einmal daran denken, allen «nach ihren Bedürfnissen» zu geben. Aber eben deshalb kann er seinen Bürgern auch nicht gestatten, «nach ihren Fähigkeiten» zu arbeiten. Er sieht sich **gezwungen**, das Akkordlohnsystem intakt zu lassen, dessen Prinzip sich folgendermassen ausdrücken lässt: «Aus jedem möglichst viel herauspressen und ihm dafür möglichst wenig geben». Versteht sich, in der U. S. S. R. arbeitet niemand über seine «Fähigkeiten» im absoluten Sinne des Wortes, d.h. über sein körperliches und geistiges Vermögen hinaus, aber das ist auch unter dem Kapitalismus nicht des Fall: die viehischsten wie die raffiniertesten Ausbeutungsmethoden bleiben in den von der Natur gesteckten Grenzen. Auch ein Maulesel plagt sich unter der Peitsche seines Treibers «nach seinen Fähigkeiten», woraus nicht folgt, dass die Peitsche für den Maulesel ein sozialistisches Prinzip ist. Die Lohnarbeit hört auch unter dem Sowjetregime nicht auf, das erniedrigende Brandmal der Sklaverei zu tragen. Die Bezahlung «nach der Leistung» — in Wirklichkeit Bezahlung zum Vorteil der «geistigen» auf Kosten der körperlichen, insbesondere der nichtqualifizierten Arbeit — ist eine Quelle von Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Zwang für die Mehrheit, von Privilegien und «frohem Leben» für die Minderheit.

Statt offen zuzugeben, dass in der U. S. S. R. noch die bürgerlichen Arbeits- und Verteilungsnormen vorherrschen, schnitten die Verfassungsurheber das totalitäre kommunistische Prinzip entzwei, vertagten die zweite Hälfte auf unbekannt Zukunft, erklärten die erste für bereits verwirklicht, verquickten sie mechanisch mit dem kapitalistischen Akkordlohnsystem, nannten das Ganze ein «Prinzip des Sozialismus» und errichteten auf diesem Betrug das Verfassungsgebäude!

Die grösste praktische Bedeutung wird in der Sphäre der Wirtschaft zweifellos der Artikel 10 erlangen, der zum Unterschied von den meisten anderen ziemlich klar ist und das persönliche Eigentum der Bürger an Haushalts-, Gebrauchs- und Komfortgegenständen gegen Anschläge von seiten der Bürokratie selbst schützen soll. Vom «Haushalt» abgesehen, wird derartige Eigentum, befreit von der ihm anhaftenden Mentalität der Habgier und des Neides, unter dem Kommunismus nicht nur weiterbestehen, sondern sich ungeahnt entfalten. Es sei allerdings gestattet, daran zu zweifeln, ob der Mensch von hoher Kultur sich mit dem Plunder des Luxus wird abgeben wollen. Aber auf die Errungenschaften des Komforts wird er keineswegs verzichten. Allen alle Annehmlichkeiten des Lebens sichern, das eben ist die erste Aufgabe des Kommunismus. In der Sowjetunion jedoch präsentiert sich die Frage des persönlichen Eigentums bisher noch nicht unter dem kommunistischen, sondern kleinbürgerlichen Aspekt. Das persönliche Eigentum der Bauern und un-«edlen»

Städter bildet ein Objekt empörender Willkür seitens der Bürokratie, die sich in ihren unteren Gliedern oft gerade auf diese Art und Weise ihren eigenen relativen Komfort verschafft. Das Wachsen des Wohlstands im Lande gestattet heute, von der Beschlagnahme persönlichen Eigentums Abstand zu nehmen, und ist sogar ein Anlass, seine Anhäufung als Anreiz zur Erhöhung der Arbeitsergiebigkeit zu schützen. Zugleich aber — und das ist nicht unwichtig — mit Kate, Kuh und Hausrat des Bauern, Arbeiters und Angestellten schützt das Gesetz auch Villa, Landhaus, Auto und alle sonstigen «persönlichen Gebrauchs- und Komfortgegenstände» des Bürokraten, die er auf Grund des sozialistischen Prinzips «jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung» erworben hat. Dem Automobil des Bürokraten wird das neue Grundgesetz jedenfalls mehr Schutz angedeihen lassen als der Karre des Bauern.

Sowjets und Demokratie.

Auf politischem Gebiet unterscheidet sich die neue Verfassung von der alten durch die Rückkehr vom Sowjetwahlssystem nach Klassen- und Produktionsgruppen zum System der bürgerlichen Demokratie, das auf dem sogenannten «allgemeinen, gleichen und direkten» Stimmrecht der atomisierten Bevölkerung fusst. Es handelt sich kurz gesagt um die juridische Liquidierung der Diktatur des Proletariats. Wo keine Kapitalisten, gibt es auch kein Proletariat, erklären die Schöpfer der neuen Verfassung, folglich wird der Staat selbst aus einem proletarischen zu einem Volksstaat. Dieser äusserlich so verlockende Gedanke kommt entweder neunzehn Jahre zu spät oder viele Jahre zu früh. Nach Enteignung der Kapitalisten begann das Proletariat tatsächlich, sich als Klasse zu liquidieren. Aber von der Liquidierung im Prinzip bis zum tatsächlichen Aufgehen in der Gesellschaft ist der Weg umso weiter, je länger der neue Staat die grobe Vorarbeit des Kapitalismus noch nachholen muss. Das Sowjetproletariat existiert immer noch als eine von der Bauernschaft, der technischen Intelligenz und der Bürokratie zutiefst unterschiedene, ja selbst als einzige restlos am Sieg des Sozialismus interessierte Klasse. Indes, die neue Verfassung will es politisch in der «Nation» auflösen, lange bevor es sich ökonomisch in der Gesellschaft aufgelöst hat.

Zwar haben die Reformatoren nach einigem Schwanken beschlossen, es bei der Benennung *Sowjetstaat* zu belassen. Doch das ist nur ein plumper politischer Schwindel, der denselben Erwägungen gehorcht, auf Grund derer sich Napoleons Kaiserreich weiter Republik nannte. Sowjets sind ihrem eigentlichen Wesen gemäss Organe eines Klassenstaats und können nichts anderes sein. Demokratisch gewählte Organe der lokalen Selbstverwaltung sind Gemeindevertretungen. Dumas. Semstwow, alles was man will, nur keine Sowjets. Eine gesamtstaatliche gesetzgebende Körperschaft nach demokratischem Muster ist ein spätgeborenes Parlament (richtiger die Karikatur eines Parlaments), aber keinesfalls höchstes Sowjetorgan. Mit ihrer Bemühung, sich mit der historischen Autorität des Sowjetsystems zu decken, haben die Reformatoren nur bewiesen, dass die grundsätzlich neue Richtung, die sie dem Staatswesen aufprägen, noch nicht unter ihrem eigenen Namen aufzutreten wagt.

An sich braucht die Angleichung der politischen Rechte von Arbeitern und Bauern die soziale Natur des Staats nicht anzutasten, wenn nur der Einfluss des Proletariats auf die Dorfbevölkerung durch den allgemeinen Stand von Wirtschaft und Kultur hinreichend

gesichert ist. Das ist ohne Zweifel die Richtung, in der die Entwicklung des Sozialismus gehen muss. Wenn aber das Proletariat, das eine Minderheit des Volkes verbleibt, keiner politischen Vorrechte mehr bedarf, um den sozialistischen Kurs des gesellschaftlichen Lebens zu sichern, dann wird auch staatlicher Zwang überflüssig, und an seine Stelle tritt kulturelle Disziplin. Einer Aufhebung des ungleichen Wahlrechts müsste in diesem Fall eine deutliche und augenfällige Schwächung der Zwangsfunktionen des Staates vorangehen. Allein, davon ist weder in der neuen Verfassung noch — was wichtiger ist — im Leben die Rede.

Allerdings «garantiert» die neue Charte den Bürgern Wort-, Presse-, Versammlungs- und Demonstrations-«Freiheit». Doch diese Garantien sind ebensoviel Maulkörbe, Hand- und Fusschellen. Die Pressefreiheit bedeutet Beibehaltung einer wütenden Vorzensur, deren Fäden im Sekretariat des von niemandem gewählten Zentralkomitees zusammenlaufen. Die Freiheit der byzantinischen Lobpreisungen ist natürlich voll und ganz «garantiert». Dafür bleiben unzählige Artikel, Reden und Briefe Lenins, abschliessend mit seinem «Testament», auch unter der neuen Verfassung unter Verschluss, einzig weil darin die heutigen Führer gegen den Strich gekämmt werden. Was soll man da erst von anderen Autoren sagen? Das fleghafte Kommando über Wissenschaft, Literatur und Kunst bleibt vollkommen erhalten. «Versammlungsfreiheit» wird auch weiterhin für gewisse Bevölkerungsgruppen gleichbedeutend sein mit der Pflicht, auf den von den Machthabern einberufenen Versammlungen zu erscheinen, um vorher festgelegte Beschlüsse zu fassen. Unter der neuen Verfassung werden ebenso wie unter der alten Hunderte von ausländischen Kommunisten, die sich dem Sowjet-«Asylrecht» anvertrauten, für Verstösse gegen das Dogma der Unfehlbarkeit in Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachten. In bezug auf die «Freiheiten» bleibt alles beim alten; die Sowjetpresse versucht garnicht erst, darüber Illusionen zu erwecken. Im Gegenteil, als Hauptziel der Verfassungsreform wird eine «weitere Festigung der Diktatur» bezeichnet. Diktatur wessen und über wen?

Wie wir bereits hörten, soll der Boden für politische Gleichheit durch die Aufhebung der Klassengegensätze vorbereitet worden sein. Es handle sich nicht um eine Klassen-, sondern «Volks»diktatur. Wenn aber das von Klassengegensätzen befreite Volk Diktaturträger wird, so kann das nichts anderes bedeuten als Auflösung der Diktatur in der sozialistischen Gesellschaft, und vor allen Dingen Liquidierung der Bürokratie. So lehrt es die marxistische Doktrin. Vielleicht irrte sie sich? Aber die Verfassungsurheber berufen sich ja selbst, wenn auch recht vorsichtig, auf das von Lenin geschriebene Parteiprogramm. Dort steht in der Tat: «...der Entzug der politischen Rechte, sowie Freiheitsbeschränkungen gleich welcher Art sind notwendig ausschliesslich als vorübergehende Massnahmen... In dem Masse, wie die objektive Möglichkeit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen schwindet, wird auch die Notwendigkeit dieser vorübergehenden Massnahmen schwinden...». Der Verzicht auf den «Entzug der politischen Rechte» ist also unlösbar mit der Aufhebung der «Freiheitsbeschränkungen gleich welcher Art» verknüpft. Der Anbruch der sozialistischen Gesellschaft ist nicht nur dadurch gekennzeichnet, dass die Bauern den Arbeitern gleich werden, und einige Prozent Bürger bourgeois Herkunft die politischen Rechte zurückerhalten, sondern vor allen Dingen dadurch, dass sämtliche hundert Prozent der Bevölkerung wirkliche Freiheit geniessen. Mit der Aufhebung der Klassen stirbt nicht nur die Bürokratie

tie, nicht nur die Diktatur, sondern auch der Staat selbst ab. Aber soll nur irgendwer einmal probieren, darüber ein Sterbenswörtchen fallen zu lassen: die G. P. U. wird in der neuen Verfassung Anhalt genug finden, um den Unbesonnenen in eines der zahlreichen Konzentrationslager zu befördern. Die Klassen sind vernichtet, von den Sowjets ist nur noch der Name übrig, aber die Bürokratie bleibt. Die Gleichberechtigung von Arbeitern und Bauern bedeutet faktisch gleiche Rechtslosigkeit vor der Bürokratie.

Nicht weniger bedeutsam ist die Einführung der geheimen Abstimmung. Nimmt man für wahr an, dass die politische Gleichheit einer erreichten sozialen Gleichheit entspricht, so wird rätselhaft, warum in dem Fall die Abstimmung von nun an geheim sein soll. Wen fürchtet denn die Bevölkerung des sozialistischen Landes, und gegen wessen Angriffe gilt es sie zu schützen? Die alte Sowjetverfassung sah in der offenen Stimmabgabe wie in der Wahlrechtsbeschränkung eine Waffe der revolutionären Klasse gegen die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Feinde. Es ist nicht anzunehmen, dass die Geheimwahl heute der Konterrevolution zu Gefallen eingeführt wird. Es handelt sich anscheinend darum, die Rechte des Volkes zu schützen. Wen also fürchtet das sozialistische Volk, das vor garnicht so langer Zeit Zaren, Adlige und Bourgeoisie davonjagte? Die Sykophanten denken darüber garnicht erst nach. Dabei ist diese eine Frage vielsagender als alle Schriften der Barbusse, Louis Fischer, Duranty, Webb und ihresgleichen.

In der kapitalistischen Gesellschaft soll die Geheimwahl die Ausbeuteten vor dem Terror der Ausbeuter schützen. Wenn die Bourgeoisie sich schliesslich auf diese Reform einliess — natürlich unter dem Druck der Massen — so nur, weil sie selbst daran interessiert war, ihren Staat wenigstens zum Teil vor der Demoralisierung zu bewahren, die sie selbst gestiftet hatte. In der sozialistischen Gesellschaft aber kann es, sollte man meinen, keinen Ausbeuterterror geben. Vor wem brauchen dann die Sowjetbürger Schutz? Die Antwort ist klar: vor der Bürokratie. Stalin gab es ziemlich offen zu. Auf die Frage: wozu Geheimwahlen?, antwortete er wörtlich: «Nun, weil wir den Sowjetmenschen die volle Freiheit geben wollen, für die zu stimmen, die sie wählen möchten». So erfuhr die Menschheit aus berufenem Munde, dass die «Sowjetmenschen» heute noch nicht für die stimmen können, die sie wählen möchten. Es wäre jedoch voreilig, hieraus zu schliessen, dass die Verfassung ihnen morgen diese Gelegenheit schenken wird. Doch hier beschäftigt uns eine andere Seite der Frage. Wer sind eigentlich diese «wir», die dem Volk Stimmfreiheit schenken oder auch nicht schenken können? Es ist immer die gleiche Bürokratie, in deren Namen Stalin redet und handelt. Seine enthüllenden Worte gelten für die herrschende Partei ebenso wie für den Staat, denn das Amt des Generalsekretärs hat Stalin inne vermittels desselben Systems, das den Mitgliedern der herrschenden Partei nicht gestattet, die zu wählen, die sie wählen möchten. Die Worte: «Wir wollen den Sowjetmenschen» Stimmfreiheit geben, sind unermesslich bedeutsamer als die alte und die neue Verfassung zusammen genommen, denn dieser unvorsichtige Satz ist die wahre Verfassung der U. S. S. R., wie sie sich nämlich nicht auf dem Papier, sondern im Kampf der lebendigen Kräfte gebildet hat.

Demokratie und Partei.

Das Versprechen, den Sowjetmenschen Freiheit zu geben, «für die, die sie wählen möchten», zu stimmen, ist eher eine schöne Metapher als eine politische Formulierung. Die Sowjetmenschen werden das Recht haben, ihre «Vertreter» nur unter den Kandidaten zu wählen, die ihnen unter der Flagge der Partei von den zentralen oder lokalen Führern zugewiesen werden. Zwar hatte die bolschewistische Partei auch in der ersten Periode der Sowjetära eine Monopolstellung inne. Jedoch, diese beiden Erscheinungen gleichsetzen, hiesse den Schein für das Wesen nehmen. Das Verbot der Oppositionsparteien war eine vorübergehende Massnahme, diktiert durch Bürgerkrieg, Blockade, Intervention und Hunger. Die herrschende Partei, damals noch die echte Organisation der proletarischen Vorhut, kannte ein reges inneres Leben: der Kampf der Gruppen und Fraktionen ersetzte zu einem gewissen Grade den der Parteien. Heute, wo der Sozialismus angeblich «endgültig und unwiderruflich» gesiegt hat, wird Fraktionsbildung mit Konzentrationslager, wenn nicht Erschiessung bestraft. Das Verbot der anderen Parteien ist aus einem vorübergehenden Uebel zum Prinzip erhoben. Sogar dem Komsomol wurde just im Augenblick, als die Verfassung veröffentlicht wurde, das Recht genommen, sich mit politischen Fragen zu befassen. Allein, das Wahlrecht besitzen Bürger und Bürgerinnen vom 18. Lebensjahr an, die Altersgrenze für die Jungkommunisten, die bis 1936 23 Jahre betrug, ist heute ganz abgeschafft. Die Politik ist auf immerdar zum Monopol der unkontrollierten Bürokratie erklärt worden.

Auf die Frage des amerikanischen Interviewers, welche Rolle der Partei in der neuen Verfassung zufalle, antwortete Stalin: «Sobald es keine Klassen gibt, sobald die Grenzen zwischen den Klassen sich verwischen («keine Klassen gibt», «die Grenzen zwischen den — nicht vorhandenen! — Klassen sich verwischen»... L.T.), bleibt nur ein geringer, aber nicht an die Wurzel ragender Unterschied zwischen den verschiedenen Schichtungen der sozialistischen Gesellschaft, und kann es für die Schaffung sich bekämpfender Parteien keinen Nährboden geben. Wo es mehrere Klassen nicht gibt, kann es auch nicht mehrere Parteien geben, denn die Partei i. e. ein Teil der Klasse». Jedes Wort ein Fehler, zuweilen gar zwei! Als wären die Klassen gleichförmig, die Grenzen zwischen ihnen scharf und auf ewig umrissen, als entspräche das Bewusstsein einer Klasse genau seiner Stellung in der Gesellschaft. Die marxistische Lehre von der Klassennatur der Parteien ist hier in ihre Karikatur verkehrt. Die Dynamik des politischen Bewusstseins wird Interessen administrativer Ordnung zuliebe aus dem Geschichtsprozess ausgeschaltet. In Wirklichkeit sind die Klassen verschiedenförmig, von inneren Gegensätzen zerrissen; ihre gemeinsamen Aufgaben vermögen sie nicht anders als durch inneren Kampf der Richtungen, Gruppierungen und Parteien zu lösen. Man kann mit gewissen Vorbehalten beipflichten, dass «die Partei ein Teil der Klasse» ist. Aber da eine Klasse viele «Teile» hat — die einen schauen vorwärts, die anderen rückwärts —, kann ein und dieselbe Klasse mehrere Parteien erzeugen. Aus demselben Grunde kann eine einzige Partei sich auf Teile verschiedener Klassen stützen. Ein Beispiel, wo einer Klasse nur eine Partei entspräche, ist in der gesamten politischen Geschichte nicht zu finden, vorausgesetzt natürlich, dass man nicht den polizeilichen Anschein für die Realität nimmt.

Seiner sozialen Struktur nach ist das Proletariat die am wenigsten ungleichförmige Klasse der kapitalistischen Gesellschaft. Nichtsdestoweniger genügt schon

das Vorhandensein von «Schichtungen» wie der Arbeiteraristokratie und der Arbeiterbürokratie, um opportunistische Parteien zu schaffen, die durch den Lauf der Dinge zu Werkzeugen der bürgerlichen Herrschaft werden. Ob vom Standpunkt der stalinschen Soziologie der Unterschied zwischen Arbeiteraristokratie und proletarischer Masse ein «an die Wurzel ragender» oder nur ein «geringer» ist, bleibt gleichgültig; doch gerade aus diesem Unterschied erwuchs seinerzeit die Notwendigkeit, mit der Sozialdemokratie zu brechen und die Dritte Internationale zu gründen. Gibt es in der Sowjetgesellschaft «keine Klassen», so ist sie auf jeden Fall viel ungleichförmiger und komplexer als das Proletariat der kapitalistischen Länder, und kann infolgedessen Nährboden genug für mehrere Parteien abgeben. Unvorsichtigerweise das Gebiet der Theorie betretend, beweist Stalin viel mehr als er wollte. Aus seinen Darlegungen ergibt sich nicht, dass es in der U. S. S. R. keine *verschiedenen*, sondern *überhaupt keine* Parteien geben darf; denn wo keine Klassen, ist auch für Politik kein Platz. Jedoch, von diesem Gesetz macht Stalin eine «soziologische» Ausnahme mit der Partei, deren Generalsekretär er ist.

Bucharin versucht, an die Frage von einer anderen Seite heranzugehen. In der Sowjetunion stehe die Frage, ob zurück zum Kapitalismus oder vorwärts zum Sozialismus, nicht mehr zur Diskussion; darum können «in Parteien organisierte Anhänger der liquidierten feindlichen Klassen nicht zugelassen werden». Garnicht davon zu reden, dass im Lande des siegreichen Sozialismus Anhänger des Kapitalismus als lächerliche Don Quichottes erscheinen müssten, unfähig, eine Partei zu gründen, erschöpfen sich die vorhandenen politischen Streitfragen keineswegs mit der Alternative: zum Sozialismus oder zum Kapitalismus? Da sind auch Fragen wie diese: wie zum Sozialismus kommen? in welchem Tempo? u.a.m. Die Wahl des Weges ist nicht minder wichtig als die Wahl des Ziels. Wer wird den Weg wählen? Und wäre der Nährboden für politische Parteien wirklich verschwunden, so erübrigte es sich, sie zu verbieten. Im Gegenteil, dann gilt es laut Programm, alle «Freiheitsbeschränkungen gleich welcher Art» zu beseitigen.

Um die natürlichen Zweifel seines amerikanischen Gesprächspartners zu zerstreuen, stellte Stalin eine neue Ueberlegung an: «Wahllisten werden bei den Wahlen nicht nur von der kommunistischen Partei, sondern auch von allen möglichen parteilosen Gesellschaften aufgestellt werden. Und davon gibt es bei uns Hunderte...» «Jede Schicht (der Sowjetgesellschaft) kann ihre speziellen Interessen haben und sie durch die vorhandenen zahlreichen Gesellschaften widerspiegeln (äussern?)». Dieser Sophismus ist nicht besser als die anderen. Die «Gesellschaften» — Gewerkschaften, Genossenschaften, kulturelle Vereinigungen usw. — vertreten keineswegs die Interessen der verschiedenen «Schichtungen», haben sie doch alle ein und dieselbe hierarchische Struktur: selbst in den Fällen, wo sie scheinbar Massenorganisationen sind, wie bei den Gewerkschaften und Genossenschaften, spielen darin ausschliesslich Vertreter der privilegierten Spitzen eine aktive Rolle, und das letzte Wort gehört der «Partei», d.h. der Bürokratie. Die Verfassung schiebt den Wähler einfach von Pontius zu Pilatus.

Diese Mechanik kommt im Text des Grundgesetzes deutlich zum Ausdruck. Artikel 126, der die Achse der Verfassung als politisches System bildet, soll allen Bürgern und Bürgerinnen «das Recht sichern», sich in Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugend-, Sport- und Wehrvereinigungen, kulturellen, technischen und wis-

senschaftlichen Organisationen zu gruppieren. Was die Partei betrifft, d.h. den Mittelpunkt der Macht, so handelt es sich hier nicht um ein Recht für alle, sondern um ein Privileg für eine Minderheit. «...Die aktivsten und bewussten (d.h. als solche von oben anerkannten — L. T.) Bürger aus den Reihen der Arbeiterklasse und anderen werktätigen Schichten vereinigen sich in der kommunistischen Partei..., die den leitenden Kern aller sowohl öffentlichen wie staatlichen Organisationen bildet». Diese in ihrer Offenheit verblüffende Formulierung, die in den eigentlichen Verfassungstext einging, enthüllt die ganze Fiktion von der politischen Rolle der «Gesellschaften», dieser Unterfilialen der bürokratischen Firma.

Wenn aber kein Kampf der Parteien, dann werden vielleicht die verschiedenen Fraktionen innerhalb der einzigen Partei bei den demokratischen Wahlen in Erscheinung treten können? Auf die Frage des französischen Journalisten, die Gruppierungen der herrschenden Partei betreffend, antwortete Molotow: «In der Partei... wurden Versuche unternommen, besondere Fraktionen zu bilden, ...nun hat sich aber die Lage in dieser Hinsicht schon seit mehreren Jahren gründlich geändert, und die kommunistische Partei ist wirklich einheitlich». Das beweisen am besten die ununterbrochenen Säuberungen und die Konzentrationslager! Nach Molotows Kommentar ist die Mechanik der Demokratie ein für allemal klar. «Was bleibt von der Oktoberrevolution», fragt Victor Serge, «wenn jeder Arbeiter, der sich erlaubt, eine Forderung oder Kritik zu äussern, Zuchthaus zu erwarten hat? Oh, nachher kann man Gott weiss welche geheimen Abstimmungen veranstalten!» In der Tat, die Geheimwahl hat selbst Hitler nicht angetastet.

Die theoretischen Gedankengänge der Reformatoren über das Wechselverhältnis von Klasse und Partei sind an den Haaren herbeigezogen. Nicht um Soziologie geht es, sondern um materielle Interessen. Die herrschende Partei der U. S. S. R. ist eine politische Maschine, deren Monopol der Bürokratie gehört, die wohl etwas zu verlieren, aber nichts mehr zu gewinnen hat. Den «Nährboden» will sie für sich allein behalten.

*

In einem Lande, wo die Lava der Revolution noch nicht erkaltet ist, brennen den Privilegierten die eigenen Privilegien auf den Fingern, wie einem Anfängerdieb die gestohlene goldene Uhr. Die herrschende Sowjetschicht hat gelernt, vor den Massen eine rein bürgerliche Angst zu empfinden. Stalin gibt mit Hilfe der Komintern den wachsenden Privilegien die «theoretische» Rechtfertigung und schützt die Sowjetaristokratie vor den Unzufriedenen mit Hilfe der Konzentrationslager. Damit diese Mechanik intakt bleibe, muss Stalin sich von Zeit zu Zeit auf die Seite des «Volks» gegen die Bürokratie stellen, natürlich mit deren stillschweigendem Einverständnis. Zur Geheimwahl ist er zu greifen gezwungen, um wenigstens teilweise den Staatsapparat von der um sich fressenden Korruption zu säubern.

Bereits 1928 schrieb Rakowski anlässlich einiger an die Öffentlichkeit gelangter Fälle des bürokratischen Gangstertums: «Das Bezeichnendste an der Skandalwelle und das Gefährlichste ist die Passivität der Massen, der kommunistischen sogar mehr als der parteilosen... Aus Angst vor den Machthabern oder einfach infolge politischer Gleichgültigkeit gingen sie ohne Protest daran vorbei oder beschränkten sich auf blosses Murren». In den seither verflossenen acht Jahren hat sich die Lage masslos verschlimmert. Die Verfaulung des Apparats, die auf Schritt und Tritt zum Vorschein kommt, bedroht sogar die Existenz des Staates, schon

nicht mehr als Werkzeug zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, sondern als Macht-, Einkommens- und Privilegienquelle der herrschenden Schicht. Stalin musste dies Motiv der Reform verbergen. «Bei uns sind nicht wenig Einrichtungen», sagte er zu Howard, «die schlecht arbeiten... Die Geheimwahlen werden in den Händen der Bevölkerung eine Geißel für die schlecht arbeitenden Machtorgane sein». Ein bemerkenswertes Bekenntnis: nachdem die Bürokratie mit eigener Hand die sozialistische Gesellschaft geschaffen, verspürt sie ein Bedürfnis nach der Geißel. Das ist eins der Motive für die Verfassungsreform. Es gibt noch ein anderes, nicht minder wichtiges.

Mit der Abschaffung der Sowjets löst die Verfassung die Arbeiter in der allgemeinen Bevölkerungsmasse auf. Politisch haben die Sowjets ihre Bedeutung freilich schon längst verloren. Aber mit dem Wachsen der neuen sozialen Gegensätze und dem Erwachen der neuen Generation könnten sie wiederaufleben. Am meisten sind natürlich die Stadtsowjets zu fürchten, mit dem wachsenden Anteil, den die jungen und anspruchsvollen Komsomolzen daran nehmen. In den Städten springt der Kontrast von Luxus und Elend allzusehr in die Augen. Die erste Sorge der Sowjetaristokratie lautet daher: weg mit den Arbeiter- und Rotarmistensowjets. Mit der Unzufriedenheit des amorphen flachen Landes ist viel leichter fertig zu werden. Die Kolchosbauern kann man sogar mit Erfolg gegen die städtischen Arbeiter ausspielen. Die bürokratische Reaktion stützt sich nicht zum erstenmal auf das Dorf gegen die Stadt.

Was die neue Verfassung an Prinzipiellem und Bedeutendem enthält, was sie tatsächlich hoch über die demokratischsten Verfassungen der bürgerlichen Länder emporhebt, ist nur ein verwässertes Aufguss der grundlegenden Dokumente der Oktoberrevolution. Was auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Errungenschaften Bezug hat, verzerrt die Wirklichkeit durch falsche Perspektiven und Eigenlob. Schliesslich ist alles, was Freiheiten und Demokratie angeht, ganz und gar vom Geiste der Usurpation und des Zynismus durchtränkt.

Die neue Verfassung, die einen enormen Schritt zurück von den sozialistischen zu bürgerlichen Grundsätzen darstellt und der herrschenden Schicht auf Mass zugeschnitten ist, bleibt in jener historischen Linie, deren Etappen lauten: Verzicht auf die Weltrevolution zugunsten des Völkerbunds, Wiederherstellung der kleinbürgerlichen Familie, Ersetzung der Miliz durch die kasernierte Armee, Wiedereinführung von Titeln und Orden, wachsende Ungleichheit. Während die neue Verfassung juridisch den Absolutismus der «klassenlosen» Bürokratie befestigt, schafft sie die politischen Voraussetzungen für die Wiedergeburt einer neuen besitzenden Klasse.

XI

WOHIN TREIBT DIE U. S. S. R.?

Die fortschrittliche Rolle der Sowjetbürokratie fällt zusammen mit der Periode, in der die wichtigsten Elemente der kapitalistischen Technik auf die Sowjetunion verpflanzt wurden. Auf den von der Revolution geschaffenen Grundlagen vollzog sich die grobe Vorarbeit des Entlehns, Nachahmens, Verpflanzens, Pfropfens. Ein neues Wort ist bisher weder in der Technik, noch der Wissenschaft oder Kunst gesprochen worden.

Gigantische Fabriken nach fertigen westlichen Mustern kann man auch auf bürokratisches Kommando errichten, freilich dreimal so teuer. Aber je weiter der Weg geht, umso mehr läuft die Wirtschaft auf das Problem der Qualität hinaus, die der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. Die Sowjetproduktion scheint wie vom grauen Stempel der Gleichgültigkeit gezeichnet. In einer nationalisierten Wirtschaft setzt Qualität Demokratie für Erzeuger und Verbraucher, Kritik- und Initiativfreiheit voraus, d.h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime von Angst, Lüge und Kriecherei unvereinbar sind.

Im Gefolge der Qualitätsfrage erstehen kompliziertere und granulosere Aufgaben, die man zusammenfassen kann unter dem Begriff: *selbständiges, technisches und kulturelles Schaffen*. Ein Philosoph des Altertums sagte, Streit sei der Vater aller Dinge. Wo sich die Ideen nicht frei messen können, dort ist auch kein Schaffen neuer Werte. Es ist wahr, revolutionäre Diktatur bedeutet ihrem Wesen nach starke Freiheitsbeschnidung. Aber gerade deshalb waren die Zeiten der Revolutionen dem kulturellen Schaffen nie unmittelbar förderlich: sie schufen ihm nur freie Bahn. Die Diktatur des Proletariats gewährt dem menschlichen Genie umso grösseren Raum, je mehr sie aufhört, Diktatur zu sein. Die sozialistische Kultur wird nur in der Masse aufblühen, wie der Staat abstirbt. In diesem einfachen unbeugsamen Gesetz liegt das Todesurteil für das heutige politische Regime in der U. S. S. R.. Die Sowjetdemokratie ist keine Forderung der abstrakten Politik, noch weniger der Moral. Leben und Tod hängt von dieser Frage ab.

Hätte der neue Staat keine anderen Interessen als die der Gesellschaft, so würde das Absterben der Zwangsfunktionen allmählich und schmerzlos erfolgen. Aber der Staat ist nicht körperlos. Die spezifischen Funktionen schufen spezifische Organe. Die Bürokratie als Ganzes genommen ist nicht so sehr um die Funktion besorgt als um den Tribut, den diese Funktion ihr einträgt. Die befehlende Kaste ist bemüht, die Zwangsorgane zu befestigen und zu verewigen. Um ihre Macht und ihre Einkünfte zu sichern, schont sie nichts und niemanden. Je mehr der Gang der Entwicklung sich gegen sie richtet, umso schonungsloser springt sie mit den fortgeschrittensten Elementen des Volkes um. Wie die katholische Kirche stellte sie das Dogma der Unfehlbarkeit in ihrer Niedergangsperiode auf, aber dafür hob sie es meistens auf eine Höhe, wie sie sich der römische Papst nicht träumen lassen darf.

Die immer aufdringlichere Vergottung Stalins bildet, so karikiert sie ist, einen unerlässlichen Bestandteil des Regimes. Die Bürokratie braucht einen unantastbaren obersten Schiedsrichter, einen Ersten Konsul, wenn nicht einen Kaiser, und sie erhebt auf ihren Schultern den, der ihren Herrschaftsansprüchen am meisten entspricht. Die «Charakterstärke» des Führers, die die literarischen Dilettanten des Westens so begeistert, resultiert in Wirklichkeit aus dem kollektiven Druck einer Kaste, die zu allem bereit ist, nur um sich selbst zu behaupten. Jedes ihrer Mitglieder auf seinem Posten meint: «Der Staat bin ich!» In Stalin finden sie ohne Mühe sich selbst. Doch auch Stalin entdeckt in jedem von ihnen ein Partikel seines Geistes. Stalin ist die personalisierte Bürokratie, und das macht seine politische Persönlichkeit aus.

Der Cäsarismus oder seine bürgerliche Form, der Bonapartismus, betritt die Bühne der Geschichte immer dann, wenn der scharfe Kampf zweier Lager die Staatsmacht gleichsam über die Nation erhebt und sie scheinbar von den Klassen völlig unabhängig macht, ihr in Wirklichkeit aber nur die notwendige Freiheit gibt, um die Privilegierten zu verteidigen. Das Stalinregime, das

über die politisch atomisierte Gesellschaft hinausragt, sich auf Polizei und Offizierskorps stützt und keinerlei Kontrolle über sich duldet, ist deutlich eine Sorte Bonapartismus neuen Typs, wie er in der Geschichte noch nicht vorkam. Der Cäsarismus entstand in der von inneren Kämpfen erschütterten Gesellschaft des Sklavenzeitalters. Der Bonapartismus ist ein politisches Werkzeug des kapitalistischen Regimes in seinen Krisenperioden. Der Stalinismus ist eine Abart desselben Systems, doch auf dem Fundament des vom Gegensatz zwischen der organisierten und bewaffneten Sowjetartstokratie und den waffenlosen werktätigen Massen zerrissenen Arbeiterstaats.

Die Geschichte ist Zeuge, dass sich der Bonapartismus mit dem allgemeinen und selbst geheimen Wahlrecht ausgezeichnet verträgt. Das demokratische Ritual des Bonapartismus ist das *Plebizit*. Von Zeit zu Zeit wird den Bürgern die Frage vorgelegt: *für* oder *gegen* den Führer?, wobei der Abstimmende den Revolverlauf an der Schläfe spürt. Seit den Zeiten Napoleons III., der heute wie ein provinzieller Dilettant aussieht, hat diese Technik eine ungeahnte Entwicklung erfahren. Die neue Sowjetverfassung, die den *Bonapartismus auf plebiszitärer Grundlage* errichtet, ist die echte Krönung des Systems.

Letzten Endes verdankt der Sowjetbonapartismus seine Entstehung der Verspätung der Weltrevolution. Dieselbe Ursache aber erzeugte in den kapitalistischen Ländern den Faschismus. Wir gelangen zu einer auf den ersten Blick überraschenden, doch in Wirklichkeit unabweislichen Schlussfolgerung: die Erstickung der Sowjetdemokratie durch die allmächtige Bürokratie geht, ebenso wie die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie durch den Faschismus, auf ein und dieselbe Ursache zurück: die Verzögerung des Weltproletariats bei der Lösung der ihm von der Geschichte gestellten Aufgabe. Stalinismus und Faschismus stellen trotz der tiefen Verschiedenheit ihrer sozialen Unterlagen symmetrische Erscheinungen dar. In vielen Zügen sind sie einander erschreckend ähnlich. Eine siegreiche revolutionäre Bewegung in Europa würde sofort nicht nur den Faschismus, sondern auch den Sowjetbonapartismus erschüttern. Der Weltrevolution den Rücken kehrend, hat die stalinsche Bürokratie auf ihre Weise recht: sie gehorcht ausschliesslich dem Selbsterhaltungstrieb.

Der Kampf der Bürokratie gegen die « Klassenfeinde ».

Als Gegengewicht zur Bürokratie diente seit der ersten Zeit des Sowjetregimes die Partei. Leitete die Bürokratie den Staat, so kontrollierte die Partei die Bürokratie. Scharf darüber wachend, dass die Ungleichheit nicht die Grenzen des Notwendigen überschreite, stand die Partei stets bald offen, bald versteckt auf dem Kriegsfuss mit der Bürokratie. Die historische Rolle der Stalinfraktion besteht darin, dass sie diese Zweiteilung beseitigte, die Partei ihrem eigenen Apparat unterwarf und diesen mit dem Staatsapparat verschmolz. So entstand das heutige totalitäre Regime. Stalins Sieg war eben dadurch gesichert, dass er der Bürokratie diesen nicht unwichtigen Dienst geleistet hatte.

In den ersten zehn Jahren des Kampfes ging die linke Opposition nicht vom Wege der ideellen Eroberung der Partei auf den Weg einer Machteroberung gegen die Partei. Ihre Losung lautete: Reform, und nicht Revolution. Allein, die Bürokratie war, um sich gegen eine de-

mokratische Reform zu wehren, schon damals zu jedem beliebigen Streich bereit. Als 1927 der Kampf in ein besonders heftiges Stadium trat, erklärte Stalin in einer Sitzung des Zentralkomitees, sich der Opposition zuwendend: «Diese Kader kann man nur durch Bürgerkrieg entfernen!» Was in Stalins Worten Drohung war, ist infolge einer Reihe von Niederlagen des europäischen Proletariats historische Tatsache geworden. Der Weg der Reform verwandelte sich in den Weg der Revolution.

Unvermeidlichkeit einer neuen Revolution.

Als Lenin seine Ueberlegungen über das Absterben des Staates anstellte, schrieb er, dass die Gewohnheit, mit der man die Regeln des Gemeinschaftslebens beobachtet, allen Zwang überflüssig machen kann. «wenn nichts da ist, was Empörung, Protest und Auflehnung hervorruft und Unterdrückung notwendig machte». In diesem *Wenn* liegt alles. Das heutige Regime der U. S. S. R. ruft auf Schritt und Tritt Protest hervor, und umso glühenderen, als er unterdrückt wird. Die Bürokratie ist nicht nur ein Zwangsapparat, sondern auch eine nie versiegende Quelle der Provokation. Die blosser Existenz der habgierigen, verlogenen und zynischen Herrenkaste muss heimliche Empörung entfachen. Die Besserung in der materiellen Lage der Arbeiter versöhnt diese nicht mit den Machthabern, im Gegenteil, hebt ihre Würde, macht ihr Denken frei für die allgemeinen politischen Fragen, und bereitet so einen offenen Konflikt mit der Bürokratie vor.

Die unabsetzbaren «Führer» pauken mit Vorliebe, dass es gelte zu «lernen», die «Technik zu meistern», «kulturelle Selbsterziehung» zu pflegen, und andere schönen Dinge. Aber die herrschende Schicht selber ist roh und ungebildet, auf ernstes Studium nicht versessen, illoyal und grob im Umgang. Umso unerträglicher ist ihre Präntension, alle Gebiete des öffentlichen Lebens zu bevormunden, nicht nur den Kooperativladen, sondern auch das Musikschaffen zu kommandieren. Die Sowjetbevölkerung wird eine höhere Kulturstufe nicht erklimmen können, wenn sie nicht dies entwürdigende Joch der Usurpatorenkaste abschüttelt.

Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen, oder der Arbeiter den Beamten bezwingen? So steht jetzt die Frage, von deren Lösung das Schicksal der U. S. S. R. abhängt. Die grosse Mehrheit der Sowjetarbeiter steht heute schon der Bürokratie feindlich gegenüber, die Bauernmassen hassen sie mit gesundem plebejischen Hass. Wenn die Arbeiter, im Gegensatz zu den Bauern, den Weg des offenen Kampfes fast garnicht beschritten und so das protestierende flache Land seinen Irrungen und der Ohnmacht preisgaben, so nicht nur der Repressalien wegen: die Arbeiter fürchteten, mit der Niederwerfung der Bürokratie der kapitalistischen Restauration einen Weg zu bahnen. Die Beziehungen zwischen Staat und Klasse sind viel verwickelter, als die Vulgär-«demokraten» meinen. Ohne Planwirtschaft würde die Sowjetunion um Jahrzehnte zurückgeschleudert werden. In diesem Sinne übt die Bürokratie auch weiterhin eine notwendige Funktion aus. Aber sie tut es in einer Weise, dass sie eine Sprengung des ganzen Systems vorbereitet, die die Ergebnisse der Revolution vollständig hinwegfegen kann. Die Arbeiter sind Realisten. Ohne sich irgendwie über die herrschende Kaste, zumindest die ihnen am nächsten stehenden unteren Schichten dieser Kaste zu täuschen, sehen sie einstweilen noch in ihr den Wächter eines gewissen Teils ihrer eigenen Errungen-

schaften. Sie werden den unehrlichen, frechen und unzuverlässigen Wächter davonjagen, sobald sie eine Möglichkeit erblicken: dazu ist es notwendig, dass sich im Westen oder Osten ein neuer revolutionärer Lichtblick zeige.

Das Aufhören sichtbaren politischen Kampfes wird von den Freunden und Agenten des Kreml als «Stabilisierung» des Regimes hingestellt. In Wirklichkeit bedeutet es lediglich eine zeitweilige Stabilisierung der Bürokratie; die Unzufriedenheit des Volkes ist dabei nur in die Tiefe verdrängt. Die junge Generation spürt das Joch des «aufgeklärten Absolutismus» — der weit mehr Absolutismus als Aufklärung ist — besonders schmerzlich. Das immer bössere Aufmerken der Bürokratie bei jedem Schimmer eines lebendigen Gedankens, sowie die unausstehliche Hochspannung der Lobgesänge auf die weise Vorsehung in Gestalt des «Führer» sind Zeichen gleicherweise für das wachsende Auseinanderklaffen von Staat und Gesellschaft, wie für eine immer stärkere Verdichtung der inneren Gegensätze, die gegen die Wände des Staats prallen, nach einem Ausweg suchen und ihn unvermeidlich finden werden.

Für eine richtige Beurteilung der Lage im Lande sind die häufigen Terrorakte gegen Vertreter der Staatsmacht von grösster Bedeutung. Das meiste Aufsehen erregte der Mord an Kirow, dem geschickten und skrupellosen Diktator von Leningrad, einem typischen Vertreter seines Fachs. An sich sind Terrorakte am wenigsten geeignet, eine bonapartistische Oligarchie zu stürzen. Mag der einzelne Bürokrat den Revolver fürchten, die Bürokratie als Ganzes nutzt den Terror nicht ohne Erfolg aus, um ihre eigenen Gewalttätigkeiten zu rechtfertigen, und bei dieser Gelegenheit ihre politischen Gegner zu ermorden (Sinowjew, Kamenew u.a.). Der individuelle Terror ist eine Waffe ungeduldiger und verzweifelter Einzelgänger, die meist der jüngeren Generation der Bürokratie selbst angehören. Aber die politischen Morde sind, wie zur Zeit der Zaren, ein unfehlbares Anzeichen für Gewitterstimmung und verkünden den Anbruch einer offenen politischen Krise.

Mit der Einführung der neuen Verfassung zeigt die Bürokratie, dass sie selbst die Gefahr merkt und Vorbeugungsmassnahmen trifft. Jedoch es wäre nicht das erste Mal, dass eine bürokratische Diktatur, die in «liberalen» Reformen Rettung suchte, sich nur selbst schwächte. Dadurch dass die neue Verfassung den Bonapartismus blosslegt, schafft sie gleichzeitig eine halb-legale Deckung zum Kampf gegen ihn. Das Rivalisieren der bürokratischen Cliquen bei den Wahlen kann der Ansatzpunkt eines breiteren politischen Kampfes werden. Die Geissel gegen die «schlecht arbeitenden Machtsorgane» kann zur Geissel gegen den Bonapartismus werden. Alles deutet darauf hin, dass es im weiteren Verlauf der Entwicklung unvermeidlich zum Zusammenstoss der kulturell gewachsenen Kräfte des Volkes mit der bürokratischen Oligarchie kommen muss. Einen friedlichen Ausweg aus der Krise gibt es nicht. Kein Teufel hat jemals freiwillig seine Krallen beschnitten. Die Sowjetbürokratie wird ihre Positionen nicht kampflös aufgeben. Die Entwicklung führt eindeutig auf den Weg der Revolution.

Bei energischem Druck der Volksmassen und in diesem Fall unvermeidlicher Zersetzung des Regierungsapparats kann der Widerstand der Herrschenden sich als viel schwächer erweisen, als es heute scheinen möchte. Aber hierüber sind nur Vermutungen möglich. Jedenfalls ist die Bürokratie nur durch eine revolutionäre Kraft zu entheben, was wie immer umso weniger Opfer kosten wird, je kühner und entschiedener der Angriff sein wird. Ihn vorbereiten und sich in einer günstigen

Situation an die Spitze der Massen stellen — das ist die Aufgabe der Sowjetsektion der Vierten Internationale. Heute ist sie noch schwach und in die Illegalität gedrängt. Aber dass eine Partei ein unterirdisches Dasein führt, bedeutet nicht, dass sie nicht existiert: es ist nur eine schwere Form des Daseins. Repressalien mögen gegen eine vom Schauplatz abtretende Klasse durchaus wirksam sein: die revolutionäre Diktatur von 1917 bis 1923 hat das vollauf bewiesen. Aber Gewalt gegen die revolutionäre Vorhut wird die überlebte Kaste nicht retten, wenn überhaupt der Sowjetunion eine weitere Entwicklung beschieden ist.

Die Revolution, die die Bürokratie gegen sich selbst vorbereitet, wird nicht wie die Oktoberrevolution von 1917 eine soziale sein: diesmal gilt es nicht, die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft zu ändern und die bestehenden Eigentumsformen durch andere zu ersetzen. Die Geschichte hat in der Vergangenheit nicht bloss soziale Revolutionen aufzuweisen, die das Feudalregime durch das bürgerliche ersetzten, sondern auch politische, die, ohne die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft anzutasten, die alte herrschende Spitze hinwegfegten (1830 und 1848 in Frankreich, Februar 1917 in Russland u.a.). Der Sturz der bonapartistischen Kaste wird selbstverständlich tiefe soziale Folgen haben, aber an sich wird er im Rahmen eines politischen Umsturzes bleiben.

Zum erstenmal in der Geschichte gibt es einen aus einer Arbeiterrevolution hervorgegangenen Staat. Nirgends stehen die Etappen aufgeschrieben, die er durchlaufen muss. Freilich hofften die Theoretiker und Erbauer der U.S.S.R., dass das vollkommen durchsichtige und geschmeidige System der Sowjets dem Staat erlauben werde, sich friedlich, nach Massgabe der in der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Gesellschaft zurückgelegten Etappen umzugestalten, aufzulösen und abzusterben. Das Leben erwies sich jedoch auch diesmal komplizierter, als die Theorie angenommen hatte. Dem Proletariat eines zurückgebliebenen Landes war es beschieden, die erste sozialistische Revolution zu vollbringen. Dies geschichtliche Vorrecht wird es allem Anschein nach mit einer zweiten, ergänzenden Revolution, einer gegen den bürokratischen Absolutismus bezahlen müssen. Das Programm der neuen Revolution hängt in vielem von dem Augenblick ab, wann sie ausbrechen, von dem Niveau, das das Land dann erlangt haben wird, und in hohem Masse von der internationalen Lage. Die Grundelemente des Programms, die schon heute deutlich sind, gibt dieses Buch als eine objektive Schlussfolgerung aus der Analyse der Widersprüche des Sowjetregimes.

Es handelt sich nicht darum, eine herrschende Clique durch eine andere zu ersetzen, sondern darum, die Methoden zu ändern, nach denen Wirtschaft und Kultur geleitet werden. Das bürokratische Selbstherrschertum muss der Sowjetdemokratie Platz machen. Wiederherstellung des Rechts auf Kritik und einer wirklichen Wahlfreiheit ist notwendige Vorbedingung für die weitere Entwicklung des Landes. Das setzt voraus, dass den Sowjetparteien, angefangen mit der Partei der Bolschewiki, die Freiheit wiedergegeben wird und die Gewerkschaften wiederauferstehen. Auf die Wirtschaft übertragen bedeutet die Demokratie gründliche Revision der Pläne im Interesse der Werktätigen. Freie Diskussion der Wirtschaftsprobleme wird die Unkosten der bürokratischen Fehler und Zickzacks senken. Die teuren Spielzeuge — Sowjetpaläste, neue Theater, protzige Untergrundbahnen — werden zurücktreten zugunsten von Arbeiterwohnungen. Die «bürgerlichen Verteilungsnormen» werden auf das unbedingt Notwendige zu-

rückgeführt werden, um in dem Masse, wie der gesellschaftliche Reichtum wächst, sozialistischer Gleichheit Platz zu machen. Die Titel werden sofort abgeschafft, der Ordenplunder wird in den Schmelztiegel wandern. Die Jugend wird frei atmen, kritisieren, irren und mannhaft werden dürfen. Schliesslich wird die Aussenpolitik zu den Traditionen des revolutionären Internationalismus zurückkehren.

Heute mehr denn je ist das Schicksal der Oktoberrevolution mit dem Europas und der ganzen Welt verbunden. Auf der Pyrenäenhalbinsel, in Frankreich, Belgien, wird augenblicklich das Los der Sowjetunion entschieden. In dem Augenblick, wo dies Buch im Druck erscheint, wird die Lage vermutlich unvergleichlich klarer sein als heute, wo der Bürgerkrieg vor den Toren Madrids tobt. Wenn es der Sowjetbürokratie gelingt, durch ihre verräterische «Volksfront»-politik den Sieg der Reaktion in Spanien und Frankreich zu sichern —

und die Komintern tut alles was sie kann in dieser Richtung — so wird die Sowjetunion am Rand des Abgrunds stehen, und an der Tagesordnung eher die bürgerliche Konterrevolution sein als ein Arbeiteraufstand gegen die Bürokratie. Wenn aber trotz vereinigter Sabotage seitens der reformistischen und «kommunistischen» Führer das Proletariat Westeuropas sich den Weg zur Macht bahnt, so wird in der Geschichte der U. S. S. R. ein neues Kapitel beginnen. Schon der erste Sieg der Revolution in Europa wird wie ein elektrischer Schlag durch die Sowjetmassen fahren, sie ausrichten, ihren Unabhängigkeitsgeist heben, die Traditionen von 1905 und 1917 wecken, die Positionen der bonapartistischen Bürokratie untergraben und für die Vierte Internationale von nicht geringerer Bedeutung sein als die Oktoberrevolution für die Dritte. Nur auf diesem Wege wird der erste Arbeiterstaat für die sozialistische Zukunft zu retten sein.

VORAN

zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaft
Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221 / 13 45 04

Bankverbindung: PGiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59 - 430



Ich möchte VORAN

unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Anschrift

Ich möchte

VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen
und bestelleExemplare in Kommission
(Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo
zu DM beziehen (ab DM 20,-)

PschA Essen, BLZ 360 100 43
Konto Nr. 2500 59-430

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

VORAN- marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften. VORAN wird getragen und unterstützt von aktiven Mitgliedern dieser Organisationen. VORAN kämpft für ein sozialistisches SPD-Programm, für die Überführung der Großkonzerne und Banken in Gemeineigentum, für eine demokratisch geplante und gelenkte Wirtschaftsordnung. VORAN berichtet 6-wöchentlich aus der Arbeiterbewegung im In- und Ausland, aus der Geschichte und Gegenwart.

VORAN - Für eine sozialistische Energieplanung Artikelnachdruck	DM 2,50
VORAN - Frieden durch Sozialismus Artikelnachdruck	DM 2.-
Bürokratische Herrschaft oder Arbeiterdemokratie - Broschüre über die Lage in der Sowjetunion 70 Jahre nach der Oktoberrevolution	DM 1,50
Arbeit für alle, Rettung der Umwelt - durch eine sozialistische Offensive Das sozialistische Umweltprogramm	DM 2.-
Chinesische Revolution Broschüre über die Revolution 1949, ihre Hintergründe und die Entwicklung danach	DM 2.-
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Artikelnachdruck	DM 2,50
Lenin: Staat und Revolution	DM 3.-
Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht	DM 1,90
Trotsky: Der neue Kurs	DM 6,50
Trotsky: Oktoberrevolution 1917	DM 11.-
Trotsky: Fälschung der Geschichte der russischen Revolution	DM 2,80
Trotsky: Verratene Revolution	DM 10.-
Trotsky: Geschichte der russischen Revolution	
Band 1	DM 13,80
Band 2,1	DM 11,80
Band 2,2	DM 12,80

Alle Bücher und Broschüren können bei der Redaktion bestellt werden.